

Titelseite

Inhaltsverzeichnis

| | |
|---|----|
| Vorwort | 3 |
| Peter Kritzokat, Hans-Jürgen Wolters | |
| Sie werden immer jünger | 4 |
| Henning Schulze-Drude | |
| Besuch von Synodalen | 5 |
| Henning Schulze-Drude | |
| Zeugen mundtot machen | 5 |
| Klaus-Markus Kühnel, Henning Schulze-Drude | |
| „In Bayern wird niemand weggetragen“ | 6 |
| Friedrich Kuhn, Eberhard Malitius, Jens Rohlfing | |
| Kienäppel und Steine | 8 |
| Friedrich Kuhn, Eberhard Malitius, Jens Rohlfing | |
| „Eine Nacht in der Gefangenessammelstelle“ | 9 |
| Meike Drude | |
| Rechtsbruch in Grippel | 11 |
| Thies Feldmann, Gerd Krumrey, Friedrich Kuhn, Eberhard Malitius | |
| Kirchengelände von Polizei besetzt | 16 |
| Detlef Hasse, Jens Rohlfing | |
| Durchsuchung ohne Beistand | 17 |
| Thorsten Oppermann | |
| Pastor von Polizei geschlagen | 18 |
| Jörg Prahler | |
| Warum gibt es den Protest in Gorleben? | 22 |
| Eckhard Kruse | |
| Anzeige von Pastoren und Pastorinnen vor dem Castorenttransport 2003 | 23 |
| Eine Landkarte zu den Orten des Geschehens | 24 |

Vorwort

Wir können nicht stillschweigend übergehen, was beim Castor-Transport im November 2003 bei uns geschehen ist. Deshalb erscheint nun dieser fünfte „Pastorenbericht“.

Dass er nötig wurde, hat uns überrascht, denn die Vorgespräche mit den am Konflikt Beteiligten ließen – trotz aller bestehenden Spannungen – einen verantwortlichen Umgang miteinander erwarten. Die Feindbilder früherer Jahre haben deutlich an Schärfe verloren. Die Polizeibeamten sind hier nicht mehr die Bullen. Und die Demonstranten sind für die Polizei nicht mehr die Chaoten, auch wenn die Allgemeinverfügung immer noch den Eindruck erwecken konnte, Lüchow-Dannenberg sei eine Brutstätte potenzieller Gewalttäter. Beide Seiten schienen ihre Positionen besser gefunden zu haben.

Für die Organisatoren des Protestes hieß das: beharrlich und wenn möglich auf der Transportstrecke das Nein zum Castortransport artikulieren. Aber konsequent gewaltfrei.

Für die Polizei hieß das: flexible Professionalität ohne Überreaktionen und mit Konfliktschärfung durch Konfliktmanagement. Der Umgang beider Seiten in den dem Transport vorausgehenden Tagen bestärkte uns in der Hoffnung, dass die von uns immer wieder eingeforderte Achtung der Würde des anderen zu maßvollem Handeln und zu einem im Vergleich zu früher respektvolleren Umgang miteinander führen würde.

Um so schockierender war für uns dann das, was sich am Tage des Schienentransportes und in der darauf folgenden Nacht abspielte. Die Diskussion darüber wollen wir öffentlich führen.

Unser Ziel ist nicht, den Castor-Transport sozialverträglich zu machen. Das wird er nie sein. Aber es geht uns um die Wahrung der Menschenwürde im Konfliktfall.

- Es darf sich nicht wiederholen, dass hier einzelne Polizeieinheiten willkürlich den Einsatz milder Zwangsmittel wie Wegdrängen und Wegtragen ablehnen, um dann erschreckend rüde vorzugehen: „In Bayern wird niemand weggetragen!“ (siehe Seite 6) Die Folge: Bürgerinnen und Bürger wurden misshandelt. Wohin kämen wir, wenn alle Polizeieinheiten sich hier Sonderrechte herausnähmen?

- Es darf sich nicht wiederholen, dass die Ordnungsmacht den durch Allgemeinverfügung eingerichteten Transportkorridor willkürlich ausdehnt und ganze Dörfer abriegelt. Menschen werden in ihren Häusern und Dörfern eingesperrt. Es darf nicht mehr geschehen, dass eigene Häuser weder betreten noch verlassen werden dürfen.

- Es darf nicht mehr geschehen, dass Menschen hier gedemütigt und geschlagen werden. Schon oft haben wir von Misshandlungen erfahren. Es konnte uns daher nicht mehr überraschen, dass es nun auch einen von unseren Pastoren getroffen hat, der zudem als Seelsorger und Vermittler im Dienst war: „Pastor von Polizei geschlagen“.(siehe Seite 18) Auch dieser Pfarrer war der Polizeieinsatzleitung mit Namen und Handynummer bekannt. Auch für ihn war von der Bezirksregierung ein besonderer Ausweis ausgestellt worden. Auch das schützt hier nicht vor einem Schlag ins Gesicht.

- Es darf sich nicht wiederholen, dass Friedhöfe, Kirchen und Pfarrhäuser ohne Rücksicht und Respekt behandelt werden.

Wir sind sehr betrübt über derlei völlig unerwartete Rückschritte und fragen: Wer ist dafür verantwortlich, dass vitale Rechte unseres demokratischen Gemeinwesens hier erdrückt werden? Es ist kein Trost, wenn Gerichte nach Jahren feststellen, dass solche Polizeiaktionen rechtswidrig und nicht verhältnismäßig waren und unter menschenunwürdigen Bedingungen geschahen.

„Alles nun, was ihr von den anderen erwartet, das tut ihnen auch!“

(Jesus Christus – Matthäusevangelium 7,12)

Niemand möchte verletzt, misshandelt oder entwürdigt werden.

Wir fordern, dass üblen Entgleisungen ernsthaft begegnet wird. Wir sind zu Gesprächen mit allen bereit. Dabei werden uns unterstützen: Superintendent Dr. Wolf-Dietrich Berner, Bleckede; Superintendent Dr. Christoph Wiesenfeldt, Lüneburg; Propst Wolf-Dietrich von Nordheim, Uelzen und Landessuperintendent Hans-Hermann Jantzen, Lüneburg.

gez. Superintendent Peter Kritzokat, Dannenberg

gez. Propst Hans-Jürgen Wolters, Lüchow

Henning Schulze-Drude

Sie werden immer jünger

7. November; Lüchow Ortsausgang Richtung Salzwedel; von ca. 11.00 bis 12.30 Uhr

Meine Fahrt geht zur Polizeikaserne in Lüchow. Dort soll der Zug der Schüler-Demonstration ankommen. Ich erreiche den Ort in dem Moment, in dem auch die Schülerinnen und Schüler ankommen.

Ich stelle meinen Wagen auf das Gelände vom ehemaligen Wohnpark Heuer und begeben mich auf die Straßenkreuzung, auf der auch die SchülerInnen stehen. Nachdem ich mich etwas orientiert habe, frage ich mich zum Einsatzleiter der Polizei durch. Herr Strubbe leitet hier den Einsatz. Ich stelle mich ihm vor und erkläre ihm, was wir in diesen Tagen tun. Ich sage ihm aber auch, dass ich hier nur beobachten kann, da ich alleine bin und wir eigentlich nur tätig werden, wenn wir mindestens zu dritt sind.

Der Lautsprecherwagen der Demonstranten ist inzwischen auch auf das Heuer-Gelände gefahren und die Polizei bittet die SchülerInnen über Lautsprecher, die Straße auch in diese Richtung zu räumen, damit der Verkehr wieder rollen kann. Langsam leert sich die Kreuzung und die ersten Fahrzeuge können passieren. Ich treffe Bekannte: das Pastorenehepaar el Karsheh, die mir erklären, dass sie privat hier seien und keinen kirchlichen Auftrag hätten und etliche mir bekannte Konfliktmanager der Polizei. Viele der SchülerInnen kenne ich, sie freuen sich, mich zu treffen. Wir stehen zusammen und tauschen unsere Meinung aus.

Nach einigen Redebeiträgen über die Lautsprecher erklärt der Leiter die Demonstration für beendet. Sofort drängen die SchülerInnen wieder auf die Straße und werden durch die Polizei aufgefordert, diese unverzüglich zu verlassen. Als das nicht passiert, ziehen Polizeikräfte auf und versuchen, die SchülerInnen abzudrängen. Dabei kommt es auch zu Handgreiflichkeiten. Eine 17-jährige Schülerin wird von einem Polizeibeamten in den Schwitzkasten genommen, andere werden geschubst und ziemlich rüde angefasst. Mehrere Personen, unter anderem auch ich, intervenieren und bitten um Mäßigung. Die Polizei stellt schnell fest, dass sie den SchülerInnen zahlenmäßig so unterlegen ist, dass eine „sanfte Räumung“ nicht durchgeführt werden kann. So entscheidet sie sich dazu, die Situation so zu halten und nicht weiter vorzugehen.

Als zwei Polizeifahrzeuge die Kreuzung passieren wollen, werden sie sofort von einigen SchülerInnen blockiert. Es dauert eine ganze Weile, bis die beiden Wagen auf dem Radweg passieren können. Ich gehe an dem einen Fahrzeug vorbei und erlebe zufällig, wie die Tür aufgeht und ein Polizeibeamter versucht, einen etwa 15-jährigen Schüler in das Innere des Fahrzeugs zu zerren. Er sagt dazu sinngemäß: „Komm mal her, zeig mir mal deinen Ausweis. Komm mal hier rein!“ Ich stelle mich sofort dazu. Der Beamte erkennt mich und lässt von dem Jungen mit der Bemerkung ab, er solle sich jetzt schnellstens „verziehen“.

Gegen 12.30 Uhr löst sich die Blockade langsam auf und die SchülerInnen gehen, begleitet von Polizeieinheiten, in Richtung Lüchow. Sicherlich wollen viele noch die Schulbusse erreichen.

Ich bin froh, dass sich die Situation entspannt hat und fahre weiter nach Dannenberg.

Henning Schulze-Drude

Besuch von Synodalen

9. November; Landkreis Lüchow-Dannenberg; von 8.45 bis 17.15 Uhr

Um 8.45 Uhr stehe ich mit meinem Bulli am Uelzener Bahnhof um die Mitglieder des Umwelt- und Bauausschusses der Hannoverschen Landessynode abzuholen, die ihren Besuch angesagt haben. Ich treffe auf Torsten Koopmann, selbst Mitglied dieses Ausschusses, der diesen Besuch angeregt hat und mit dem Lüchower Kirchenbulli gekommen ist. Koopmann und ich haben das Programm für diesen Besuch geplant und begleiten die Ausschussmitglieder den gesamten Tag über. Auf dem Bahnhof treffen wir sieben Mitglieder des Ausschusses, sowie den Umweltbeauftragten der Landeskirche Prof. Dr. Gerhard Wegner und Britta Rook, wissenschaftliche Mitarbeiterin der Arbeitsstelle Umweltschutz des Hauses kirchlicher Dienste. Gemeinsam fahren wir zum Gottesdienst nach Dannenberg.

Nach dem Gottesdienst treffen wir im Info-Punkt auf den polizeilichen Konfliktmanager Helfred Westerweck, der den Ausschuss über diese Arbeit informiert. Danach gebe ich einen Bericht über die Rolle der Kirche in diesem Konflikt.

Gegen 12.30 Uhr fahren wir nach Langendorf. Im dortigen Pfarrhaus sprechen die Synodalen mit dem MdL Klaus-Peter Dehde (SPD) und Wolfgang Ehmke und Dieter Metk von der BI Lüchow-Dannenberg. Danach geht es weiter nach Gorleben um beim Gorlebener Gebet an den Kreuzen dabei zu sein, das um 14.00 Uhr beginnt. Während des Gorlebener Gebets machen wir eine Prozession zum Tor des Zwischenlagers, halten zwischendurch immer wieder inne, hören Gebetstexte und antworten mit dem gemeinsam gesungenen „Kyrie eleison“. Im Gasthaus Santelmann folgt anschließend ein Gespräch mit Pastorin i.R. Margarete Pauschert und danach startet die Gruppe in Richtung Dannenberg.

Gegen 16.00 Uhr findet im Kreisjugenddienst Dannenberg ein Gespräch mit MdB Kurt-Dieter Grill (CDU) und anschließen eine Unterhaltung mit MdL Rebecca Harms (Bündnis90/Die Grünen) statt.

Es ist 17.15 Uhr, als die Gruppe wieder in Richtung Bahnhof Uelzen startet. In den Bullis finden angeregte Gespräche statt. Koopmann und Schulze-Drude geben immer wieder Auskunft, erklären Hintergründe. Einer der Synodalen sagt zu Schulze-Drude: „Wissen Sie, man kann mich ja nicht gerade als Castor-Gegner bezeichnen, aber wenn ich hier wohnen würde und hier meine Landwirtschaft hätte – ich glaube, dann würde ich auch anders denken!“

Klaus-Markus Kühnel, Henning Schulze-Drude

Zeugen mundtot machen

10. November; Groß Gusborn, Kreuzung Siemen; irgendwann zwischen 18.30 und 23. 00 Uhr

Die Kreuzung ist durch Trecker und Demonstrierende blockiert.

Am südlichen Straßenrand wollen drei Polizisten die Personalien eines Demonstranten aufnehmen. Er wird beschuldigt, eine Kamera beschädigt und sich einer Gewahrsamnahme widersetzt zu haben. Als ein Beamter die Anschuldigungen gegen den Demonstranten aufzählt, meldet sich ein in der Nähe stehender Mann eindringlich zu Wort und weist darauf hin, dass er den Vorfall beobachtet habe und eine den Ausführungen des Beamten widersprechende Beobachtung als Zeuge zur Kenntnis geben möchte.

Die drei Polizisten versuchen ihn zum Schweigen zu bringen. Als er nicht davon ablässt, darauf hinzuweisen, dass er Zeuge sei und etwas ganz anderes beobachtet habe, versucht einer der Beamten ihn zum Schweigen zu bringen, indem er dem Mann androht, demnächst wegen Behinderung einer Amtshandlung in Gewahrsam genommen zu werden.

Daraufhin nimmt sich der Mann etwas zurück und die Polizei spricht einen Platzverweis gegen den Demonstranten aus, über dessen genaue Lokalisierung der Demonstrant noch lange mit den Beamten diskutiert. Es hat den Anschein, als wüssten die Polizisten nicht so genau, wo sie sich überhaupt befinden.

Friedrich Kuhn, Eberhard Malitius, Jens Rohlfing

„In Bayern wird niemand weggetragen“

11. November; Rohstorf, Eisenbahnschienen; 9.00 – 12.00 Uhr

Zu dritt fahren wir gegen 9.00 Uhr nach Rohstorf. Die Straße nach Lüneburg ist frei. Dort, wo hinter Dahlenburg die neue Umgehungsstraße einmündet, stehen viele Polizeifahrzeuge. Als wir unser Fahrzeug in Rohstorf an der Straße abstellen wollen, weist uns eine Beamtin zurück. Zu den Schienen, die hier in einem an einen Wald grenzenden Einschnitt (die Böschung ist 3 – 4 m hoch), verlaufen, sind bereits Demonstranten auf dem Weg. Die Polizei scheint nicht darauf vorbereitet zu sein. Die anwesenden Beamten machen nur halbherzige Versuche, die Demonstranten zurück zu weisen oder am Weitergehen zu hindern. Angesichts dessen, dass sich die Demonstranten unbeeindruckt zeigen, beschränken sich die Beamten, den Zug der Demonstranten zu den Schienen zu begleiten.

Die Demonstranten besetzen in Gruppen die Schienen. Dabei gibt es dann doch ein paar Rangeleien, weil einige Beamte das verhindern wollen. Bald aber kehrt Ruhe ein. Die Beamten lassen sogar zu, dass sich die Grüppchen zu einer Großgruppe vereinigen. Am Ende sind es 135 Demonstranten, zumeist jüngere Leute zwischen 16 und 25. Nur ein paar ältere Frauen sind dabei.

Die Demonstranten versichern den Beamten, dass sie nur eine Schienenbesetzung im Sinn haben. Sie werden sich nicht an den Schienen oder am Gleiskörper zu schaffen machen, nichts demontieren. Anwesend sind auch einige Personen mit Armbinden, auf denen „Jura-Selbsthilfe“ steht. Sie haben Videokameras und Fotoapparate sowie Notizblöcke dabei. Sie halten sich seitlich vom Gleiskörper oder oben auf der Böschung auf.

Es ist zunächst schier unmöglich, mit den Beamten ins Gespräch zu kommen. Einfache Fragen wie beispielsweise „Wo kommen Sie her?“ oder „Wie lange sind Sie heute schon im Einsatz?“ bleiben unbeantwortet. Schließlich sagt einer, im Dienst würde er grundsätzlich nicht über dienstliche Dinge reden.

Auf der Böschung bildet sich langsam eine Polizeikette, dennoch kommen von rechts und links und auch von gegenüber einige Demonstranten auf die Schiene. Als sich sechs der Neuankömmlinge ca. 100 m von der Hauptgruppe entfernt auf die Schienen setzen, werden sie aufgefordert, sich zu der großen Gruppe zu begeben. Zuvor werden sie aber abgetastet und ziemlich genau untersucht, sogar ihre Portemonnaies werden kontrolliert. Je mehr Beamte eintreffen, desto größer wird auch die Zahl der Beweissicherer, die mit Video- und Digitalkameras ausgerüstet sind.

Noch geschieht auch deswegen nichts, weil die Kompetenzen zwischen Polizei und Grenzschutz noch nicht ganz klar sind. Wir erfahren den Namen eines Vorgesetzten vor Ort: Klüver. Wir stellen uns vor. Er nimmt uns zur Kenntnis.

Zwischendurch werden von den Demonstranten über Megaphon Meldungen wie diese durchgegeben: „In Lüneburg sind ca. 150 auf der Schiene. Wir sind zur Zeit nur die zweitgrößte Schienenbesetzung“ oder „Der Castorzug ist jetzt aus Lüneburg raus und befindet

sich etwa 10 km von hier“. Die Meldungen werden mit fröhlichem Beifall von den Schienenbesetzern aufgenommen. Gegen 10.35 Uhr treffen neue Polizeigruppen mit Helm und Weste ein. Kurze Zeit später ist der erste Hubschrauber über uns. Gleichzeitig kommt über Lautsprecher die erste Ansage der Polizei: „Achtung, Achtung, hier spricht die Polizei. Sie verstoßen gegen das Versammlungsges... 1. Durchsage“ Das dazwischen ging im Hubschrauberlärm unter. Es folgen nach jeweils zwei Minuten die zweite und dritte Durchsage. Um 10.42 Uhr heißt es (wieder über Lautsprecher): „Sie werden jetzt in Gewahrsam genommen.“

Und dann geht es los. In einer schockierend brutalen Weise werden die ersten Demonstranten von den Schienen geholt. Die Beamten nehmen sich zu zweit immer einen Demonstranten vor. Wer der Aufforderung aufzustehen nicht nachkommt, dem wird sofort von dem einen Beamten ein Handgelenk umgebogen (Folge: schmerzhaftes Überdehnen der Bänder), während der andere von oben ins Gesicht greift und die Nase hochzieht. Solche, die sich diesen Griffen zu entwinden versuchen, werden mit dem Kopf in den Schotter gestoßen, dann hält ein Beamter den Kopf mit seinem Knie auf dem Boden, während der andere gemeinsam mit dem ersten die Hände des Demonstranten auf den Rücken zwingt, wo dann Handfesseln (Kabelbinder) angelegt werden. Anschließend werden die Gefesselten teilweise auf dem Bauch die Böschung hochgeschleift. Als einige Blockierer nach dem Hochnehmen aufstehen und gehen wollen, heißt es: „Jetzt ist es zu spät!“ - und sie werden weiter bäuchlings weggeschleift.

Wir gehen vom ersten Augenblick an, als wir sehen, wie hier vorgegangen wird, vehement dazwischen. Wir fordern die Beamten auf, unverzüglich mit dieser Art der Behandlung von Demonstranten aufzuhören. Wir weisen die Beamten darauf hin, dass genügend Polizeikräfte vor Ort sind, um moderater vorzugehen. Wir erklären, dass wir beim vergangenen Castortransport das vorbildliche Abräumen durch Wegtragen von hunderten von Demonstranten in Laase erlebt haben, ohne dass es da zu Gewalttaten und Verletzungen gekommen ist. Die Reaktion ist ein kategorisches „Wir tragen nicht!“ Wir nehmen das nicht hin und geben unserer Empörung kräftig Ausdruck. Immer wieder weisen wir lautstark darauf hin, dass die Polizei gehalten ist, das der Situation angemessene mildeste Mittel anzuwenden. Die Lage ist keinesfalls kritisch. Bei den Demonstranten handelt es sich erkennbar nicht um Gewalttäter.

F. Kuhn hält sich oben an der Böschung auf und protestiert bei einem kräftig gebauten bayrischen Polizeibeamten, der die Registrierung der in Gewahrsam genommenen Personen koordiniert, gegen das rabiate Vorgehen. Seine Reaktion: „Ich habe hier keine Zeit. Lassen Sie uns in Ruhe. Wir tragen hier keinen weg.“ Ein anderer Beamter, der jede/n einzelne/n Festgenommenen fotografiert: „In Bayern wird niemand weggetragen!“ F. Kuhn bittet um die Namen der Beamten. Sie werden verweigert. Der polizeiliche Pressesprecher Kalinski erscheint und begründet die fehlende Bereitschaft, Demonstranten wegzutragen, mit der Gefahr von Rückenverletzungen bei Polizisten. Wir argumentieren, dass einerseits Tragehilfen die Arbeit der Polizei erleichtern könnten, andererseits mehr als nur zwei Beamte für das Wegtragen eingesetzt werden könnten und drittens die Verletzung von Demonstranten nicht mit Rücksicht auf eventuelle Schäden bei Beamten in Kauf genommen werden dürfe.

(Sollte aufgrund der Darstellung der Eindruck entstehen, es habe da auf dem Schienenstrang bei Rohstorf eine gepflegte akademische Diskussion gegeben, so muss dem entgegengehalten werden, dass alle diese Wortwechsel in äußerster Erregung des Gemüts geführt wurden.)

Am anderen Ende des Schienenstranges stehen zwei Konfliktmanager und sehen dem Treiben zu. E. Malitius rennt zu ihnen und fordert sie energisch auf, mit zu kommen und auf die Kollegen dahingehend einzuwirken, dass sie menschenwürdiger vorgehen. Beide kommen mit, wobei zu merken ist, dass sie sich in der Rolle, in die sie gedrängt werden, nicht auf Antrieb wohlfühlen. Sie suchen dann auch zunächst das Gespräch mit den Demonstranten, um ihnen begreiflich zu machen, dass es doch besser sei, wenn sie aufstehen. Natürlich, auch hier

wieder die polizeiimmanente Logik. Kein Gedanke daran, weshalb diese Menschen da sitzen und dass deren Logik das Sitzenbleiben geradezu fordert. Die Unvereinbarkeit beider Standpunkte scheint eine Diskussion auszuschließen – aber nur solange, wie beide Seiten doktrinär auf ihrer Position beharren. Und dass man sich entgegenkommen kann, erleben wir dann doch. Die abräumenden Beamten nehmen sich merklich zurück. Die Aggressivität weicht. Jetzt tragen auch mal vier oder fünf Beamte einen Demonstranten, nicht mehr in Bauch-, sondern in Rückenlage– und zunehmend stehen auch Demonstranten auf Aufforderung hin auf und lassen sich abführen. Dass wir diese Veränderung positiv zur Kenntnis nehmen, teilen auch dem offensichtlich verantwortlichen Gruppenführer mit.

Der Vorzug des Castortransportes erscheint. Nun haben die Demonstranten die Gewissheit, dass sie den Zug eine Weile haben aufhalten können. Das wollten sie erreichen. Sie wissen: den Transport verhindern können sie nicht. Aber sie haben ein Zeichen gesetzt. Das Fernsehen, der Rundfunk war dabei. Sie haben ihre Sache öffentlich machen können.

Um 11.52 Uhr ist die Schiene geräumt. Oben auf der Wiese ist eine unübersehbare Zahl von Polizeifahrzeugen. Vor allem von der bayrischen Transporteinheit (z. B. BA – 30853). Während unten der Castorzug vorbeifährt, beginnt oben die Polizei mit ihren bürokratischen Maßnahmen (Personalienfeststellung, Eigentumserfassung usw.). Die Festgenommenen stehen in langen Schlangen, neben jedem Demonstranten ein/e Uniformierte/r, die/der ihn/sie bewacht. Auf Nachfrage wird uns gesagt, dass die Abarbeitung etwa 1 bis 1 ½ Stunden in Anspruch nehmen wird und dass ein Teil der Festgenommenen nach Lüneburg, der andere Teil nach Neu Tramm gebracht werden soll. Tatsächlich dauert die Abarbeitung mehr als fünf Stunden. Die nach Lüneburg verbrachten Demonstranten werden – wie wir am Abend erfahren - auf richterlichen Beschluss hin relativ schnell wieder auf freien Fuß gesetzt.

Als wir zurück zum Auto gehen, verschwinden vor uns zwei Uniformierte hinter einem Polizeiauto. Auf den Rückenteilen ihrer Anoraks steht das Wort „Polizeiseelsorger“. Wir sehen sie hier zum ersten Mal. An den Schienen, bei der Räumaktion haben wir sie nicht gesehen. Was haben die bloß die ganze Zeit gemacht???

Friedrich Kuhn, Eberhard Malitius, Jens Rohlfing

Kienäppel und Steine

11. November; Hitzacker am Bahndamm; ab 14.00 Uhr

Die Rückfahrt von Rohstorf nach Hitzacker gestaltet sich etwas kompliziert. Die Bundesstraße ist vor Oldendorf gesperrt. Wir versuchen bei Eichdorf über die Schienen zu kommen. Aussichtslos. Auch der Übergang bei Tangsehl ist dicht. Es scheint andernorts weitere Blockaden gegeben zu haben; denn sonst müsste der Castorzug längst durch sein.

Über Wietzetze kommen wir schließlich gegen 14 Uhr nach Hitzacker. Wir fahren zum Kiefernweg, der parallel zum Schienenstrang verläuft. Dort haben sich Hunderte von Menschen eingefunden. Ein Wasserwerfer steht in der Menge. Er ist auf das gegenüber liegende Gelände der Freien Schule ausgerichtet. Ein weiteres „schweres Gerät“ der Polizei versperrt einem Traktor, der in einer Hauseinfahrt steht, den Weg. Entlang des Gleiskörpers stehen viele Uniformierte, zunächst noch locker in kleinen Gruppen, später, als der Zug naht, in Linie. Ein rot-weißes Flatterband, das einen Abstand von ca. 10 m zur Schiene markieren soll, wird von den Polizisten in den Händen gehalten und fällt immer wieder zu Boden.

Jenseits des Gleiskörpers hat man im Rahmen einer Kunstaktion der Oberstufenschüler auf dem Gelände der Freien Schule Sichtblenden gespannt. Nur wenige Zivilisten bewegen sich auf jener Seite der Bahn. Wir erkennen Eltern, Lehrer und Schüler. Ein paar „vermummte“ Karnevalsgestalten sind zu sehen, die mit den Polizeibeamten reden.

Wir treffen viele Bekannte. Jens Rohlfing macht sich mit einem katholischen Polizeiseelsorger, Herrn Bender, bekannt. Wir haben viel Zeit zum Erzählen; denn der Castorzug lässt auf sich warten. Bei Harlingen soll es weitere Schienenbesetzungen gegeben haben, die den Zug aufhalten. Man spekuliert darüber, wie sich die Polizei verhalten wird, wenn der Zug naht. Wird sie die Straße räumen? Werden die sich hier aufhaltenden Menschen abgedrängt werden in die Vorgärten oder gar hinter die Häuser?

Alles müßige Mutmaßungen; denn die Polizei macht gar nichts. Als der Castorzug anrollt, beschränkt sie sich darauf, beiderseits der Schienen die Reihen fester zu schließen.

Als der Zug vorbeifährt, fliegen Gegenstände über die Polizei hinweg. Das meiste sind Kienäppel. Im Kiefernweg liegen davon genug unter den Bäumen. Aber auch ein paar Steine und Holzstücke sind dabei. Eine Scheibe von einem der vorweg fahrenden Waggon für das Begleitpersonal splittert. Der Beamte, der dahinter gestanden hatte und neugierig auf die Menge geblickt hatte, springt erschrocken zurück. Der Stein ist nicht durch die Scheibe hindurch gegangen, aber man sieht genau, wo er die Scheibe getroffen hat. Die Polizei bleibt ruhig und schreitet nicht gegen die Werfer ein. Während der Zug vorüber rollt, ertönt ein ohrenbetäubendes Protestgeschrei, das von Trillerpfeifen, Rasseln und anderen Krachinstrumenten begleitet wird. Auch eine aus der Menge heraus geworfene Rauchbombe vernebelt für kurze Zeit ein bisschen die Sicht – auch für die Beamten, die mit Video- und Digitalkameras das Geschehen dokumentieren.

Dann ist der Zug vorbei. Die Alltagsgeräusche hinterher haben fast den Charakter von Stille. Die Polizei zieht ab. Die Demonstranten auch.

Meike Drude

„Eine Nacht in der Gefangenensammelstelle“

Bericht über die seelsorgerliche Arbeit in der Gefangenensammelstelle

11. November; Tramm, Gefangenensammelstelle; ab 18.00 Uhr

Es ist gegen 18.00 Uhr, als ich in der Gefangenensammelstelle (GeSa) eintreffe. Im Anwaltscontainer treffe ich Rainer Künne-Rosien, der auch in unserem Kirchlichen Dienst tätig ist und erfahre, dass die Anwälte ihre Arbeit noch nicht aufnehmen konnten, da die Akten noch nicht da seien. Das Amtsgericht habe gerade erst angefangen zu arbeiten. (Im Gesetz heißt es: „Der Ingewahrsamgenommene ist unverzüglich einem Richter vorzuführen.“ Ich frage mich: „Was heißt unverzüglich?“ Die meisten warten bereits seit sechs bis sieben Stunden.)

In der Frauensammelzelle (etwa 20 Frauen) erfahren wir als erstes die Geschichte ihrer Festnahme auf den Gleisen bei Rohsdorf. Zum Transport: Alle, die im Gefangenentransporter nicht in einer Einzelzelle waren (jeweils ca. 0,5 qm Platz), wurden mit Plastikbändern gefesselt, angeblich zur eigenen Sicherheit.

Manches hat sich gegenüber dem letzten Jahr in der GeSa gebessert, z.B. Holzfußböden statt Beton. Es gibt auch die Möglichkeit, rauchen zu gehen. Natürlich nur einzeln, mit Polizeibegleitung. Bei den Frauen bemüht sich Polizeikommissar Wild (Bayrische Einheit), dass diese Rechte gewahrt bleiben und ist auch sonst sehr bemüht, fair und umsichtig. Er fordert auch die SeelsorgerInnen immer wieder an. (In der Nacht, als viele Frauen schlafen wollen, hat er, um die Frauen nicht zu wecken, drei Frauen aus verschiedenen Bezugsgruppen gebeten, sich in der Nähe der Tür aufzuhalten, um ihnen die Namen derjenigen zu nennen, die dem Richter vorgeführt werden sollen. So braucht er die Namen nicht in den Raum zu brüllen. Die Frauen wecken dann die entsprechende Frau.)

Wir gehen zur Männersammelzelle (etwa 30 Männer) und erfahren, dass einige dem Richter vorgeführt worden und danach nicht wieder aufgetaucht sind. Die anderen möchten wissen, ob sie frei gelassen worden sind oder nicht.

Wir treffen die beiden Männer kurze Zeit später in einem der Container, also in einer „Doppelzelle“. Das ist jetzt für uns eine neue Situation. Bisher war es so: Wer dem Richter vorgeführt wurde, der wurde auch frei gelassen. In dieser Begründung für die weitere Ingewahrsamnahme heißt es, es bestünde begründeter Verdacht, dass die Person anstrebe, erneut an einer Sitzblockade teilzunehmen. Die Person sei bis zum 12.11.03 um 24 Uhr in Gewahrsam zu behalten, oder bis der Castortransport im Zwischenlager Gorleben eingetroffen sei. Warum durften die Männer nicht in die Sammelzelle zurückkehren?

Auch eine 20jährige Frau musste in ihre Einzelzelle zurück mit derselben Begründung (ihre 18jährige Freundin war freigelassen worden, wohl weil sie noch Schülerin war). Sie bittet um Verpflegung und um Verlegung in die Sammelzelle. Sie wird sogar gefragt, ob sie Vegetarierin oder Vegana sei, wegen der Verpflegung, Später wird sie auf Betreiben von Kommissar Wild in die Frauensammelzelle verlegt, wo sie sich sehr viel wohler fühlt.

Zurück in der Frauensammelzelle: Dort ist gerade ein basisdemokratischer Prozess im Gang. Die Frauen, die bereits dem Richter vorgeführt waren, sind alle nicht freigelassen worden mit folgender Begründung: Sie kamen aus dem Camp Hitzacker / Döhningen. In diesem Camp seien verdeckte Ermittler tätig gewesen. Sie waren als Zeugen aufgetreten und hätten ausgesagt, dass es im Camp eine feste Verabredung gegeben hätte: Für den Fall, dass man in die GeSa käme und wieder frei käme, würde man auf jeden Fall versuchen, erneut an einer Sitzblockade teilzunehmen. (Die Geschichte mit den verdeckten Ermittlern wird von einer jungen Frau bestätigt. Sie gehörte zu der Gruppe „Shalom“. Die beiden Polizeibeamten hatten sich als Tobi und Anni ausgegeben und etwas ängstlich gewirkt. Die junge Frau war gemeinsam mit den Beiden im Auto nach Rohsdorf unterwegs gewesen. Sie waren nicht mit auf die Gleise gekommen, hatten sich wohl rechtzeitig abgesetzt.)

Die Frauen überlegten nun, ob es nicht gut wäre, auch im Falle des Freispruchs, sich zu weigern, die GeSa zu verlassen. „Alle oder keine!“ Oder man würde sich schon weigern, überhaupt dem Richter vorgeführt zu werden. Die Frauen versuchten, sich ein Fünkchen Freiheit zu bewahren - freiwillig in der GeSa bleiben.

Zwei junge Frauen sind fix und fertig. Meine Kollegin Ulrike Müller geht in das „Amtsgericht“ und sorgt dafür, dass die Akten der beiden Frauen ganz nach oben gelegt werden, damit sie gleich „dran“ kommen. Künne-Rosien und ich sprechen mit dem leitenden Richter, Herrn Reif, darüber, ob wir mit in die Verhandlungen gehen dürfen. Ich mache meinem Ärger Luft, dass wegen der „verdeckten Ermittler“ nicht freigelassen würde. Während der folgenden Verhandlungen stehen wir in der Tür. Der Richter und eine Protokollantin sitzen der Gefangenen und ihrem Anwalt gegenüber. Aufklärung über Rechte. Die junge Frau fordert mutig die Freilassung aller, sonst wolle sie auch lieber da bleiben. Die junge Frau wird freigelassen, nachdem sie erklärt, sie habe einen privaten Schlafplatz.

Nächste Verhandlung: Die Gefangene sagt, sie sei fix und fertig. Sie könne einfach nicht mehr. Sie wolle raus, schlafen, und auf keinen Fall mehr auf die Straße. Außerdem habe sie einen privaten Schlafplatz. Sie wird freigelassen...

Ich mache eine Pause im Seelsorgecontainer, trinke einen Kaffee und gehe dann an die frische Luft. Mit einem Mal kommen aus dem Wachraum der Männer, der als Durchgangsraum für die Männersammelzelle dient 50 bis 60 Polizisten. Ich traue meinen Augen nicht. Die waren augenscheinlich bei den Männern. Was war da los? Ich verlange, augenblicklich die Sammelzellebetreten zu dürfen und werde eingelassen. Mein Kollege Thorsten Oppermann ist schon drin. Die Geschichte stellt sich folgendermaßen dar: Die 50 bis 60 Beamten haben die

Zelle mit einem richterlichen Durchsuchungsbefehl „gestürmt“. (In mehrfacher Ausfertigung, unterschrieben von Richter Reif.) Sie suchten nach bestimmten Gegenständen, z.B. Feuerzeug, spitze Gegenstände, Handy, etc. Einer hatte nach den Seelsorgern gefragt und zur Antwort bekommen: „Mach doch die Welle!“ (Oppermann erzählte später, dass er gebeten hatte, vor einer Durchsuchungen verständigt zu werden um dabei zu sein. Er war nicht verständigt worden. – Er hat sich dann später beschwert.) – Schließlich erfuhren die Gefangenen, dass wohl besonders ein Handy gesucht würde. Es existierte tatsächlich ein Handy, das dann sofort anstandslos ausgehändigt wird. Der, der es hatte durfte sich „zur Belohnung“ für seine Ehrlichkeit bis auf Unterhose und T-Shirt ausziehen und wurde durchsucht. Die Polizisten beenden die Aktion. (Es ist ca. 1.20 Uhr)

Es folgt noch die Ankunft der „Langendorfer“. Wir begleiten das Aussteigen aus den Gefangenentransportern - die Einzelzellen werden als Letztes geleert!– und die Aufnahme. Es folgen weitere Gespräche in den Gruppen und mit Einzelnen. Akten werden durch unsere Vermittlung nach oben gelegt, damit einzelne, die die Situation psychisch nicht mehr aushalten, schnell dem Richter vorgeführt werden. Die richterlichen Vorführungen laufen zügig und enden alle mit Freilassung (übrigens seit Künne-Rosien und ich angefangen hatten, die Verhandlungen zu begleiten.) Aber wer sollte sich auch noch um 4 Uhr morgens – und bis man an der Strecke wäre, wäre es 5.30 Uhr – auf die Straße setzen.

Um 5.28 Uhr fährt der Castortransport ins Zwischenlager ein. Ein letztes Mal gehe ich zu den Frauen. Viele packen ihre Sachen. Alle die in Rohsdorf dabei waren, dürfen gehen. „Generalamnestie!“ Ich werde mit Beifall verabschiedet.

12 Stunden GeSa enden auch für mich in der bei der Freigelassenenbetreuung, wo ich viele wieder treffe. Hier gibt es wieder Symbole des „Widerstandes“, hier sind die Männer und Frauen wieder vereint.

Thies Feldmann, Gerd Krumrey, Friedrich Kuhn, Eberhard Malitius

Rechtsbruch in Grippel

11. November; Grippel; ab 18.30 Uhr

Kurz nach 18.30 Uhr treffen F. Kuhn und E. Malitius in Grippel ein. Die Straße von Langendorf nach Grippel ist absolut leer. Kein Polizeifahrzeug weit und breit zu sehen. Kuhn vermutet, was die Castorroute angeht, eine Finte der Polizei. Malitius kann sich nicht vorstellen, dass man eine beabsichtigte Transportstrecke derart ungesichert lässt. Man wettet. – E. Malitius verliert eine Flasche guten Rotwein.

In Grippel ist Volksfeststimmung. Nach unserer Schätzung befinden sich ca. 300 Personen auf der Straße und auf den beiderseits der Straße gelegenen Grundstücken von W. Zipoll. Aus einem Lautsprecher tönt fröhliche Salsamusik. Manche tanzen. Für die, die hungrig oder durstig sind, wird gesorgt. G. Krumrey und Th. Feldmann sind bereits seit 18.15 Uhr da.

An der Kreuzung steht der Wagen der Einsatzzentrale der Magdeburger Einheit, die von Herrn Hartmann geführt wird. Wie oft haben wir uns schon bei Castortransporten getroffen?! Angefangen hat es bei einem Schienenspaziergang vor ungefähr zehn Jahren. Hartmann schätzt wie wir die Lage als friedlich ein. Er hält sie für an sich unproblematisch und vermutet keine Gewalttäter unter den Demonstranten. Er wundert sich, dass der Widerstand so entschlossen friedlich ist und offensichtlich mehr als im letzten Jahr da sind. Seine Leute patrouillieren in kleinen Gruppen immer wieder durch die Menge der Demonstranten hindurch – sicher mit dem Auftrag nachzusehen, dass da auch nichts Unrechtmäßiges geschieht. Sie finden nichts. Sie werden nicht belästigt.

Konfliktmanager der Polizei treffen ein. Schröder, Meyer-Bothling, Wiesinger, Schütte. Die Kooperation mit ihnen wird am Ende dieser Nacht das Wort „Partnerschaft“ verdienen.

Die Zahl der Demonstranten erhöht sich mit der Zeit stetig. Sie kommen aus allen Richtungen. Manche kommen über die Wiesen. Am Ende werden es mehr als 700 sein. Irgendwann steigt jemand in die mächtige Eiche am Zaun von Zipolls Hofgrundstück, steigt von Stunde zu Stunde höher. Gegen 5.00 Uhr, als der Castortransport vorbeifährt, sitzt die Person in etwa zwölf Metern Höhe, ständig angestrahlt von mehreren grellen Scheinwerfern. Eine riskante Sache – für beide Seiten!

Gegen 21.00 Uhr hören wir, dass Hartmann mit seiner Einheit abgelöst werden soll. Wir sagen ihm Lebewohl und bis zum nächsten Mal. Auf dem Rückweg zu den Demonstranten begegnen wir einem jungen Mann, der in der Rechten eine schon ziemlich leere Flasche Bier hält (du meine Güte, wie kann man bei den Temperaturen Bier trinken?), in der Linken hat er zwei Eierkartons, in die er uns blicken lässt. 12 Eier befinden sich darin. „Für jeden Castor eins.“ Aus der untersten Lade des Kühlschranks seiner Oma. Schon etliche Monate alt. Die will er schmeißen, wenn es soweit ist. Wir reden auf ihn ein, minutenlang, eine Viertelstunde, und versuchen ihm klarzumachen, dass das, was er vorhat, kontraproduktiv ist und sich überhaupt nicht verträgt mit den Grundsätzen der anderen Demonstranten. Stimmen von Demonstranten allen Alters, die wir mit ins Gespräch gezogen haben und die ihm deutlich sagen, dass sie das „nicht so gut“ finden, machen auf ihn keinen Eindruck. Nach zwanzig Minuten trollt er sich. Wir erzählen Jochen Stay und Katharina von Bechtolsheim von dem jungen Mann und der kleinen Gruppe leicht alkoholisierter Jugendlicher, zu der er sich wieder gesellt hat. - Nach knapp einer halben Stunde wird uns gesagt, dass sie die Eier sicher gestellt haben. Und offensichtlich nicht nur das; denn im weiteren Verlauf des Abends und der Nacht kommt die besagte Gruppe gar nicht mehr in den Blick. Es ist ihnen wohl klar ge(macht)worden, dass sie auf der falschen Party waren.

Die Ablösung von Hartmann und seiner Einheit zieht sich hin. Eine Hamburger Einheit wird erwartet, lässt aber auf sich warten, wie alles, was in dieser Nacht noch von seiten der Polizei angekündigt wird. Aber dann findet der Wechsel doch statt. Verantwortlich ist nun Herr Mülder, dem wir, nachdem wir uns vorgestellt haben, Sinn und Zweck unseres Hierseins erklären. Er sichert uns zu, von seiner Seite aus alles zu tun, damit die Sache ein friedliches Ende nimmt.

Über SMS erfahren wir, dass die Polizei auf das Kirchengelände in Langendorf gedrungen ist. Es wird von zwanzig Eingekesselten berichtet. E. Kruse macht sich mit Th. Hauswaldt auf den Weg dorthin.

In Grippel herrscht nach wie vor friedliche Stimmung. Zur Musik wird auf der Straße getanzt, manche sitzen auf Strohkissen, manche liegen in Schlafsäcken, andere stehen in Kleingruppen und erzählen.

Wir gehen zum Ortsende Richtung Gorleben. Dort steht ein knappes Dutzend Polizeibeamte in der Kälte. Sie machen einen verfrorenen Eindruck. Wir unterhalten uns mit ihnen und fragen sie, ob dafür gesorgt ist, dass sie an dieser zugigen Ecke ein rechtzeitiger Personalwechsel vorgenommen wird. Die Antwort ist ausweichend.

Es dauert nicht lange, da kommen uns ernsthafte Zweifel an der Solidität der Mülderschen Versicherung. Kaum, dass wir von unserem Gang zum Ortsende zurück sind, sehen wir eine Fahrzeugkolonne sich nähern. Der ganze Deich ist mit Polizeifahrzeugen voll. Kurze Zeit später kommen ganz viele Polizisten in voller Montur im Laufschrift an. Es sind unterschiedliche Einheiten aus verschiedenen Bundesländern. In äußerst rüder Weise schaffen sie sich Platz. Wer nicht zur Seite springt, wird grob gestoßen, bekommt den Ellenbogen oder die Faust zu spüren. Eine Frau wird zur Seite gestoßen, obwohl jeder sehen kann, dass sie eine Gehhilfe (Krücke) unter dem Arm hat. Sie stürzt hin. Wir kriegen dann mit, dass sie gerade

eine Miniskusoperation hinter sich hat. Mit dem Sanitätsauto wird sie weggefahren. Klaus P., der bisher jeden Castortransport filmisch begleitet hat, will den Namen oder die Nummer des Beamten erfahren, der seine Kamera kaputtgeschlagen hat. Ein Kollege kommt dem betreffenden Polizisten „zu Hilfe“, drängt sich zwischen ihn und P. und sorgt dafür, dass der Beamte nach hinten durchgereicht wird. Unrecht wird begangen und gedeckt von denen, die das Recht schützen sollen. The same procedure as every year.

Nach kurzer Zeit sind alle von Polizisten eingeschlossen. Es gibt kein Hinauskommen aus der Umschließung. Es heißt kategorisch: Hier kommt keiner mehr durch. Das gilt selbst für die Konfliktmanager der Polizei. (Die Einheiten scheinen nicht zu wissen, wer und was Konfliktmanager sind!) Auch die anderen Passierscheine haben plötzlich keine Gültigkeit mehr. Nach einigem Telefonieren dürfen die Konfliktmanager aus dem Kessel heraus und mit leitenden Beamten reden. G. Krumrey und Th. Feldmann intervenieren bei der Koordinierungsstelle der Konfliktmanager. Die ganze Aktion hat ohne jede Ankündigung stattgefunden – angeblich, weil die Polizei keinen Lautsprecher hat. Dann wird uns gesagt, es lägen Erkenntnisse vor, dass Gewalt von Anwesenden ausgehen würde. Wir vermuten reine Polizeitaktik. Man hat alle, die irgendwann irgendwo sonst demonstrieren könnten, auf einem Raum.

Unter den Demonstranten hat das Vorgehen der Polizei erhebliche Unruhe ausgelöst. J. Stay versucht der Polizei deutlich zu machen, dass sie rechtswidrig gehandelt hat. Wir schlagen den Konfliktmanagern vor, dass es jetzt gut wäre, wenn die Polizei irgendetwas Erklärendes, am Besten eine Entschuldigung rüberbrächte. Ob denn die Polizei eventuell den Lautsprecher von „Widersetzen“ benutzen könne, werden wir gefragt. Die Situation bekommt immer mehr absurde Züge. Aber ehe die Sache geklärt ist, fährt die Polizei den bereitstehenden Wasserwerfer vor. Die Demonstranten empfinden den Wasserwerfer zunächst als Bedrohung und reagierten teilweise panisch. Aber über ihren eigenen Lautsprecher werden die Demonstranten mit der von uns weitergegebenen Information, dass der Wasserwerfer nur wegen des Lautsprechers vorgefahren sei, beruhigt. Die erste Ansage der Polizei bestätigt das noch einmal: „Keine Angst! Wir wollen nur den Lautsprecher ranfahren.“ Die zweite Ansage: „Die Versammlung ist in Gewahrsam genommen.“ Dazu wird erklärt, es handle sich nicht um einen Kessel, sondern um eine Absperrung. Der Unterschied zwischen Kessel und Absperrung bleibt wohl für alle in Gewahrsam Genommenen unverständlich, zumal auch nicht der Versuch einer differenzierten Definition gemacht wird. Ab 0.45 Uhr reichen viele Demonstranten Anträge auf richterliche Anhörung ein, die den Konfliktmanagern und uns übergeben werden mit der Bitte, sie schnellstmöglich an die Einsatzleitung (Mülder) weiterzugeben. Konfliktmanager Schröder bringt die Anträge stapelweise durch die Linien. Auch Kindern und Jugendlichen ist es nicht möglich, aus der Absperrung heraus zu kommen. Auf unseren Protest gegen das Vorgehen der Polizei erhalten wir die Auskunft, es lägen „gesicherte Erkenntnisse darüber vor, dass Gewaltbereite etwas geplant haben“. (War hier der Jugendliche mit den Eiern gemeint?) Uns ist – abgesehen von dem potenziellen Eierwerfer kein Gewaltbereiter begegnet. Gewaltbereitschaft haben nur die aus Richtung Laase gekommenen Polizeibeamten gezeigt.

Greiftrupps der Polizei holen aus dem Bereich der Kartoffelscheune immer wieder junge Leute, Kapuzenträger, schwarz gekleidet zumeist, und bringen sie zu einem Bulli an der Kreuzung. Dort steht die Rechtsanwältin U. Donat und notiert Namen und sonstige Angaben. Allmählich verebbt die laute Empörung über das polizeiliche Verhalten bei den Demonstranten. Wir fragen uns, was nun in den Köpfen derer vorgeht, die in Rambomanier aufgelaufen sind. Jetzt sehen sie zu ihren Füßen singende Leute, vom Kindes- bis ins Rentenalter, Männer und Frauen, die allesamt in der Kälte ausharren, viele nicht einmal mit einem Strohpolster unter dem Hintern. Sie sehen, wie die Konfliktmanager, verwirrt über das Vorgehen ihrer Kollegen, bemüht sind, das Bild der Polizei aufzubessern als jederzeit

ansprechbare Kontaktpersonen, bei denen man durchaus ein offenes Ohr findet. Sie sehen uns, die Seelsorger, bei den Umzingelten. Wir fragen uns, ob sie nicht wenigstens im Nachhinein ein Gespür haben für die Unangemessenheit ihres Vorgehens. Werden sie eine Nachdenklichkeit bei sich zulassen?

Mit Hilfe der Konfliktmanager können wir den Kessel verlassen, um mit der Einsatzleitung vor Ort zu reden. Herr Mülder ist nicht zu sprechen. Sein Stellvertreter T. sagt uns, die Ingewahrsamnahme sei auf Befehl der zentralen Einsatzleitung erfolgt. Wir fragen ihn, weshalb nicht die rechtlich vorgeschriebene dreimalige Aufforderung, die Straße zu verlassen, durchgeführt wurde, und warum die Polizeibeamten trotz der friedlichen Stimmung z. T. so rüde vorgegangen seien und bekommen keine erklärende Antwort, nur die, dass auf Befehl von oben so gehandelt worden sei.

Gegen 1.20 Uhr führen wir ein Gespräch mit Hundertschaftsführer Kaminski. Seine Hundertschaft soll die Straße räumen. Er fragt, ob wir eine Chance sehen, dass die Demonstranten auf Aufforderung hin weggehen werden. Der zeitliche Spielraum sei eng. Kaminski möchte größere Härte vermeiden, macht zugleich aber deutlich, dass er, wenn die Straße nicht freiwillig geräumt wird, keine andere Wahl hat, als zu räumen. Notfalls auch unter Anwendung schärferer Zwangsmaßnahmen. Wir reden mit J. Stay. Der sieht keine Möglichkeit, der Polizei die Entscheidung abzunehmen. Wir reden noch einmal mit Kaminski und artikulieren unsere Erwartung, dass die Polizei auch in so einer Situation moderat handeln muss. Dies sei nach wie vor friedlicher Protest.

Obwohl es erst hieß, der zeitliche Spielraum sei inzwischen eng, vergeht noch einmal fast eine Stunde, bis dann wirklich geräumt wird. Zuvor werden die Demonstranten noch über Lautsprecher aufgefordert, „die Straße zu verlassen und durch den Korridor auf die Wiese zu gehen, sonst werden Zwangsmittel angewandt.“ J. Stay belehrt die Einsatzkräfte: „Eine Versammlung muss immer erst aufgelöst werden. Das ist hier nicht geschehen. Darum ist ihr mögliches Tun jetzt hinterher rechtswidrig und jede/r möge sich überlegen, ob er/sie sich dafür hergeben will.“

Weil niemand freiwillig aufsteht und der polizeilichen Aufforderung, sich in den Kessel neben der Straße zu begeben, folgt, beginnt das Abräumen.

Die Demonstranten werden von der Straße in den Kessel auf der Wiese zwischen S. Schulz und W. Zipoll gebracht. Diejenigen, die freiwillig aufstehen, werden geführt, die anderen werden getragen. Gleich zu Beginn wird G. Krumrey in den Kessel neben der Straße verbracht, wahrscheinlich weil er für beide Seiten auffordernd rief „Keine Gewalt!“. Erst mit Hilfe von Konfliktmanager Schütte kann er den Kessel wieder verlassen. Beide bemühen sich, Toiletten für den Kessel zu bekommen. Einsatzleiter Mülder sagt, Toilettenwagen seien angefordert, aus Richtung Gorleben, kämen aber nicht durch wegen der vielen Polizeifahrzeuge auf dem Deich. Schütte und G. Krumrey gehen zum Ortsausgang Grippel in Richtung Gorleben, um die Fahrer der Einsatzfahrzeuge zu bitten, eine Gasse für die Toilettenwagen frei zu machen. Zu ihrer Überraschung ist die Straße frei. Kaum Polizeifahrzeuge. Aber auch keine Toilettenwagen.

Das Abräumen wurde von uns sehr unterschiedlich wahrgenommen. E. Malitius hatte den Eindruck, dass Kaminski seinen Leuten ziemlich genaue Anweisungen gegeben hat, wie das Abräumen zu bewerkstelligen sei. Er schließt das daraus, dass Kaminski zweimal während des Abräumens neben ihm auftauchte, wobei E. Malitius bemerkt hat, dass er ein wachsames Auge hatte – weniger auf die Demonstranten als vielmehr auf die ihm unterstellten Frauen und Männer. E. Malitius hatte den Eindruck, dass die Mehrzahl von Kaminskis Leuten, was angesichts des Gedränges sicher nicht einfach war, korrekt („Sie werden jetzt in Gewahrsam genommen. Wollen Sie gehen oder müssen wir sie tragen?“) und angemessen gehandelt hat. Viele haben sogar eine Freundlichkeit des Umgangs bewahrt, die er in dieser Situation

erstaunlich fand – und durchaus sympathisch. Es hat aber auch einige gegeben, die auf versteckte Weise gemein gewesen sind. Den berüchtigten Nasengriff, hat auch E. Malitius einige Male beobachtet. Als er selbst in den Kessel ging, wurde direkt vor ihm ein Demonstrant hineingeschleudert, wobei er noch einen Fußtritt hinterher bekam. Einigen anderen, die hinterher gebracht wurden, ging es ähnlich. Zu seinen Füßen lag eine junge Frau, die beim Abräumen verletzt wurde und sich nicht mehr bewegen konnte. Sanitäter haben sie auf einer Trage weggebracht. Von Sanitätern erfuhren wir später, dass der Krankenwagen von Polizeifahrzeugen zugeparkt war und der Einsatzleiter sich weigerte, eine Gasse frei zu machen.

G. Krumrey und Th. Feldmann haben auch das Schmerz verursachende Verdrehen von Armen und Handgelenken (Folge: Überdehnungen) beobachtet.

Wir haben wohl gesehen, dass sich einige Demonstranten, als es ums Wegtragen ging, sich verhakt und so gewunden haben, dass es den Beamten schwer war, sie zu fassen und zu halten. Und wir können uns gut vorstellen, dass in manchem Beamten die Wut hochgekommen ist. Dennoch erwarten wir von Polizeibeamten, dass sie sich auch in einer solchen Situation in der Gewalt haben und nicht ihren aggressiven Gefühlen freien Lauf lassen. Kants kategorischer Imperativ, den Jesus (Matthäus 7,12: Alles nun, was ihr wollt, dass euch die Leute tun sollen, das tut ihnen auch!) bereits in vereinfachter Form als die Summe von Gesetz und Propheten benannt hat, muss prinzipiell auch in einer solchen Situation Grundlage des polizeilichen Handelns sein.

Gegen 3.30 Uhr werden die letzten Demonstranten in den Kessel gebracht, und bald danach heißt es von irgendwoher: „Die Castoren haben den Castorbahnhof verlassen“. Für die Demonstranten im Kessel wird doch noch ein Toilettenhäuschen vom Hof Zipoll gebracht. Sanitäter, Konfliktmanager und Pastoren (darunter der Landessuperintendent) fassen gemeinsam an. Später gibt es auch warme Suppe im Kessel, die von Sanitätern herbeigetragen und ausgeteilt wird. Ansagen wegen Fundsachen und Kindern, die ihre Eltern suchen, werden über Polizeilautsprecher gebracht. Das beruhigt etwas. Aber dann gibt es auch solche unsinnigen Durchsagen wie folgende sinngemäß wiedergegebene: „Wenn Sie sich ruhig verhalten, passiert Ihnen nichts. Sobald Sie aber die Polizei angreifen, werden die Wasserwerfer in Aktion treten.“ - Kein Mensch weit und breit denkt daran, die Polizei anzugreifen. Unsinnig auch die Durchsage: „Sie bleiben solange in Gewahrsam, bis die Transportbehälter im Zwischenlager sind.“ Als ob da irgendeiner noch hinter her laufen oder fahren möchte/könnte.

Als der Castortransport vorbeifährt, wird er von einem ohrenbetäubenden Protestlärm begleitet. Ansonsten bleiben die in Gewahrsam Genommenen wie sie sich den ganzen Abend verhalten haben: Friedlich.

Abschließend noch ein Statement zur Zusammenarbeit mit den Konfliktmanagern. Nie zuvor war die Zusammenarbeit besser. Woran lag es? Zum einen sicher daran, dass sich die Konfliktmanager nicht außerhalb der Absperrung aufgehalten haben, sondern innerhalb. Zum anderen waren sie jederzeit für jedermann ansprechbar – nicht nur aufgrund ihrer physischen Präsenz. Ihnen war auch eine psychische Präsenz abzuspüren. Man hatte das Gefühl, bei ihnen Verständnis zu finden. Wir schätzen, dass die Akzeptanz der Konfliktmanager bei den Demonstranten größer geworden ist in dieser Nacht. Ob die Konfliktmanager auch innerhalb der Polizei größere Akzeptanz gefunden haben, wird die Zukunft zeigen.

Detlef Hasse, Jens Rohlfing

Kirchengelände von Polizei besetzt

11. & 12. November; Langendorf zwischen Pfarrhaus und Kirche; ab 20.00 Uhr

Gegen 20:00 Uhr stoppten die Polizeieinsatzkräfte einen Trecker mit Anhänger vor der Gaststätte „Landgasthaus Elbe“. Die Demonstranten, die bisher hinter dem Fuhrwerk gegangen waren, verließen Trecker und Anhänger. Sie gingen zur Straßenmitte, um sich auf Stroh niederzusetzen, das sie vom Anhänger mitgebracht hatten. Eine Stimme las aus Werken von Tucholsky vor, unterbrochen von Gesang.

Der Einsatzleiter, Herr Herbst, erließ nacheinander drei Aufforderungen. Er wies die Sitzenden darauf hin, die Blockade „im Korridor auf der Straße“ zu beenden. Auch nach der dritten Aufforderung schritt die Polizei nicht ein. Einige Demonstranten, Bewohner Langendorfs, waren bereits aufgestanden und hatten sich von der Straße zurückgezogen.

Herr Herbst änderte die Aufforderung, indem er das Verlassen von Straße und Schutzkorridor 50 m auf beiden Seiten der Straße anordnete.

J. Rohlfing und D. Hasse gingen zum Fahrzeug des Einsatzleiters und baten um Erklärung des veränderten Befehls. Herr Herbst wies auf die einzuhaltende Schutzzone hin. Die Kirche in Langendorf, die sich innerhalb der Schutzzone befindet, werde von weiterem Zutritt verschont. Das Kirchengelände, der ehemalige Friedhof der Kirchengemeinde, werde in die einzuhaltende Schutzzone einbezogen.

J. Rohlfing und D. Hasse zogen sich an den Straßenrand zurück. Die Polizei eilte auf das Kirchengelände, um die Schutzzone von der Straße aus zu verbreitern. Die Menschen auf dem Kirchengelände traten den zueilenden Polizisten entgegen und wiesen lautstark darauf hin, dass der Kirchenvorstand bereits vor zwei Jahren darum gebeten habe, die Waffenfreiheit des Ortes zu berücksichtigen. Dem Einsatzbefehl gehorchend, wichen die Ordnungskräfte nicht zurück. Frau Lilly Delong wurde als erste von vier Beamten abgeführt. Unter dem Vorwurf der Beleidigung wurde sie festgehalten.

J. Rohlfing und D. Hasse gingen zurück zum Einsatzleiter. D. Hasse bat Jens Rohlfing, das Gespräch mit Herrn Herbst zu führen. D. Hasse war so aufgeregt, dass er um diese Entlastung bat. J. Rohlfing sprach Herrn Herbst an und schlug ihm vor, die Schutzzone von 50 m angesichts der friedlichen und gewaltlosen Behinderung der Sitzenden nicht auch noch auf das Kirchengelände auszudehnen. Herr Herbst wies das Ansinnen zurück und belehrte uns, dass auf beiden Seiten die Schutzzone einzuhalten seien. Das gelte für die Seite mit der Kirche und für die gegenüberliegende mit dem Pfarrhaus. J. Rohlfing bat den Einsatzleiter, doch den Wunsch des Langendorfer Kirchenvorstandes zu berücksichtigen und die Waffenfreiheit des Ortes zu gewähren. „Wie stellen Sie sich das vor?“ fragte Herr Herbst zurück. Er erklärte, dass jeder, der sich in der Kirche aufhalte, trotzdem unbehelligt bleibe, obwohl er sich in der beanspruchten 50 m Zone aufhalte.

Auf Bitten der Frau Lilly Delong beeilte D. Hasse sich, ihrem Ehemann auszurichten, dass sie festgehalten sei und befürchte, nach Tramm abtransportiert zu werden. Das Wohnhaus des Ehepaares Delong liegt fußläufig erreichbar vom Geschehen entfernt. D. Hasse erfüllte die Bitte. Zurückgekehrt, hatte sich die Situation verändert. Eingetroffen und zwischen den auf der Straße Umringten und den gestaffelt aufgestellten Polizeiringen, hielten sich mehrere kirchliche Mitarbeiter auf. Unter ihnen Landessuperintendent H.-H. Jantzen, der sich wie im voraus vereinbart als kirchlicher Mitarbeiter erkenntlich machte. D. Hasse bat ihn, zu den Eingeschlossenen in der Kirche zu gehen und vielleicht ein Wort zu der ungeliebten Situation zu sagen. Der Landessuperintendent willigte sofort ein. D. Hasse und H.-H. Jantzen gingen zu zweit durch die Absperrung in die Kirche. Etwa 15 bis 20 Personen hielten sich in der Kirche auf. Sie standen an den Kirchenfenstern, um in der Dunkelheit vielleicht doch etwas zu erkennen, von dem, was auf dem Kirchengelände geschah.

Nach 10 min verließen D. Hasse und H.-H. Jantzen den Kirchenraum. Auf dem Weg zur Straße wurde ihnen der Gang verwehrt. „Hier kommen Sie nicht durch!“ sagte eine Beamtin, die uns 10 Minuten zuvor hatte passieren lassen. D. Hasse bat, die Situation aufklären zu dürfen. Verweigert. Ein zusätzlicher Beamter wurde auf den Wortwechsel aufmerksam. Er

trat näher. D. Hasse erklärte ihm neu und versuchte durch Winken die anwesenden Konfliktmanager der Polizei heranzulocken. D. Hasse stellte den Beamten in der Dunkelheit den Landessuperintendenten vor. Er wurde aufgefordert, sich auszuweisen. Die am Vorgang beteiligten Polizisten zögerten. D. Hasse wünschte, den Einsatzleiter zu sprechen. Nun wurde ihnen der weitere Weg ermöglicht. Sie traten in die Mitte der Straße, wo die Polizisten den Ring um die auf den Strohhallen Sitzenden geschlossen hielt. In der Mitte stand eingeschlossen nun auch J. Rohlfing. Obwohl er versuchte, sich ausweisen zu dürfen, verweigerten ihm die umstehenden Polizisten das Gehör. D. Hasse ging zum Einsatzleiter, Herr Herbst ordnete an, dass ein weiterer Beamter zur Prüfung der Situation herantreten solle. J. Rohlfing wurde aus dem Ring entlassen. Landessuperintendent H.-H. Jantzen staunte über die Umstände, die er erlebte und fasste sein Staunen in Worte: „Aber wir haben doch alles mit Niehörster besprochen. Das ist jetzt ganz anders.“

Um Mitternacht erloschen die Straßenlaternen im Dorf. Im Schein der Autoscheinwerfer nahm die Räumung der Sitzenden ihren Lauf. 15 Mannschaftswagen verließen den Schulsteig hinter der Kirche, auf dem sie geparkt hatten und führen nach Osten aus dem Dorf. Gegen 3:30 Uhr verabschiedeten sich die Pastoren und zogen sich zurück. Die Straße war geräumt und das Kirchengelände, der ehemalige Gemeindefriedhof, von Polizeikräften besetzt.

Thorsten Oppermann

Durchsuchung ohne Beistand

12. November; Tramm, Gefangenensammelstelle; ab 0.45 Uhr

Nachts gegen 0.45 Uhr bekomme ich im Gebäude der Gefangenensammelstelle (GeSa) zufällig mit: Eine richterlich angeordnete Durchsuchung der Männer-Sammelzelle stehe bevor; es soll sich dort ein Handy befinden. Ich vergewissere mich bei Frau Joll aus der GeSa und frage, ob es nicht angemessen sei, wenn jemand aus dem kirchlichen Dienst dabei sei. Ja, sagt sie, sie werde mich benachrichtigen, wenn es soweit sei.

Gegen 1.10 Uhr werde ich unruhig und sehe nach: Die Durchsuchung läuft bereits; etwa 50 Beamte stehen in der Zelle und trennen sie in verschiedene Bereiche. Kurze Zeit nach meiner Ankunft ist die Durchsuchung beendet; die Beamten verlassen die Zelle, ich bleibe dort. Kurz darauf erscheint auch Pastorin Drude.

Jetzt erfahre ich von den Festgehaltenen: Einige von ihnen hatten angesichts der Durchsuchung nach der Anwesenheit eines Seelsorgers verlangt; von einem nicht namentlich bekannten Polizeibeamten sei daraufhin abfällig geäußert worden: „Macht doch die Welle!“ - was offenbar heißen sollte, das sei nicht nötig. Der Wunsch wird nicht weitergegeben.

Zwecks Rücksprache suche ich Frau Joll auf. Sie sagt mir, die Durchsuchung sei „ganz toll gelaufen, überhaupt keine Probleme“; deshalb sei es nicht nötig gewesen, mich zu benachrichtigen...

Jörg Prahler

Pastor von Polizei geschlagen

12.11.2003; Quickborn, Pfarrgelände der evangelisch-lutherischen Kirchengemeinde Quickborn und Hauptstraße Quickborn in Höhe des Pfarrgeländes; ab 2.00 Uhr

Um etwa 2.00 Uhr am Mittwoch, den 12.11.03, näherte ich, Jörg Prahler, Ortspastor in Quickborn, mich zusammen mit dem Propst des Kirchenkreises Uelzen, Wolf von Nordheim, über den Verbindungsweg zwischen Dorfstraße und Hauptstraße der Transportstrecke.

Ein Kleinbus der Polizei stand mitten in der Einfahrt zum Pfarrgelände und versperrte diese. Entlang der Hauptstraße waren mehrere Polizeifahrzeuge abgestellt und in etwa 15 Metern Abstand. Aufgrund des Polizeiaufgebotes erwarteten wir, dass der Castor die Nordroute über Quickborn nehmen und dass der Transport in den nächsten Stunden stattfinden würde.

Ich forderte den Beamten auf, das Fahrzeug aus der Einfahrt zu entfernen und es zum Beispiel auf dem gegenüberliegenden Parkstreifen abzustellen. Als klar wurde, dass dies ein Pfarrgrundstück sei und ich der Ortspastor, wurde das Fahrzeug auf den Bürgersteig so geparkt, dass etwas zwei Drittel der Einfahrt frei blieben. Gleichfalls wurde Herrn von Nordheim und mir auf Anfrage gestattet, entlang der Straße entlang zu gehen und wenn nötig, mit besorgten Anwohnern zu sprechen. Der Beamte war in der ganzen Zeit sehr freundlich und besonnen.

In den nächsten zwei Stunden führten wir mit diesem und anderen Beamten immer wieder freundliche und entspannte Gespräche. Während dieser Zeit geschah weiter nichts. Ein Fahrzeug, das an der Straße geparkt hatte, wurde von den Beamten auf Rollen an den gegenüberliegenden Straßenrand geschoben. Ein Bürger, der den Fahrzeugschlüssel geholt hatte und etwas später erschien, fuhr den Wagen danach noch ein Stück weiter vom Straßenrand weg. Es war eine unaufgeregte Stimmung.

Etwas nach 4.00 Uhr kündigte sich das Eintreffen des Transportes an. Es näherte sich aus Dannenberg eine Kolonne aus Polizeifahrzeugen mit Blaulicht. Hubschrauberlärm war zu hören. Wir sprachen noch davon, dass wir wohl in einer Stunde ins Bett könnten, alles wies auf einen störungsfreien Verlauf des Transportes durch Quickborn hin.

In diesem Augenblick kamen aus Richtung des Pfarrgeländes zwei uns unbekannte Personen, ein Mann und eine Frau, etwa im Alter von 30 Jahren über den Weg aus Richtung der Kirche auf die Straße zu.

Der Beamte fragte, ob es noch einen weiteren Zugang zu dem Gelände gäbe. Ich teilte ihm mit, dass das Pfarrgelände an der Kirche zur Dorfstraße hin völlig offen sei. Die beiden Personen näherten sich dem Beamten und der Straße. Der Polizeibeamte forderte sie auf, 30 Meter zurückzugehen. Er breitete die Arme aus und hielt die beiden auf. Sie leisteten keinen Widerstand, ließen sich zurückschieben, machten auch keine Anstalten, auf die Straße durchzubrechen, aber sie gingen auch nicht. Das Gespräch zwischen den beiden Personen und dem Polizeibeamten verlief in etwa so: „Wir wollen hier durch!“ „Das dürfen Sie nicht! Bitte gehen Sie 30 Meter zurück auf das Gelände.“ „Warum denn?“

Der Beamte rief einen zweiten Kollegen zur Verstärkung, woraufhin sich die beiden Personen wieder ins Dunkel zurückzogen. Propst von Nordheim und ich hatten sich zu dieser Zeit an den Zaun in der Einfahrt gestellt. Es war nicht einzuschätzen, wie sich die Situation weiter entwickeln würde. Für den Augenblick dachte ich, dass die Beamten die Lage in Griff hätten, und es für Herrn von Nordheim und für mich, weder die Möglichkeit, noch die Notwendigkeit gegeben hätte, einzugreifen.

Noch verlief zudem alles friedlich, obwohl bereits Fahrzeuge den Bereich passierten und die Lage zusehends hektischer wurde. Ich kann nicht sagen, ob in diesem Augenblick bereits Castortransporter am Pfarrhaus vorbeifuhren. Vom Eintreffen der beiden Personen bis zu ihrem Rückzug waren eine, höchstens zwei Minuten vergangen.

Als ich meinen Blick wieder der Straße zuwandte, rollten die ersten Castorbehälter vorüber. Gleichzeitig sammelte sich etwa 10 bis 15 Meter von der Straße entfernt auf dem Weg auf dem Pfarrgelände eine Gruppe von mehr als 10 Personen. Auch hier war wegen der Dunkelheit nicht zu sagen, woher sie genau gekommen waren. Die Personen waren dunkel gekleidet, einige waren verumummt, bzw. durch Schals, Tüchern und Mützen oder Kapuzen nicht zu erkennen. Um einen gewissen Sicherheitsabstand zu den Castoren einzuhalten, um in einer eskalierenden Situation nicht schutzlos zwischen den Fronten zu stehen, zog ich mich ein paar Schritte bis hinter die Gartenpforte zurück und blieb dann jedoch ratlos und

unschlüssig stehen. Ich war zu diesem Augenblick etwa 5 Meter von Herrn von Nordheim entfernt, der zunächst noch an der gleichen Stelle in der Einfahrt zurückgeblieben war.

Ich hörte, wie unter den Personen unschlüssig diskutiert wurde: „Der Castor ist da!“ „Wir können den doch nicht einfach durchfahren lassen!“ „Wir müssen doch was tun.“ Nach wenigen Sekunden lief ein Teil der Gruppe auseinander, einige rannten auf den angrenzenden Spielplatz und entzogen sich damit meinen Blicken, andere schlossen die Pforte der Einfahrt, weitere verteilten sich auf dem Rasenstück neben dem Weg, andere blieben wie ich, einfach stehen. Vor der Einfahrt sammelten sich behelmte Polizeikräfte. Die Personen, die hektische Aktivität an den Tag legten, schienen einer Gruppe anzugehören. Sie riefen in der Dunkelheit fortwährend das Wort „Miami“, um sich zurechtzufinden.

Ich sah, dass Gegenstände über die Polizeibeamten hinweg auf die vorbeifahrenden Fahrzeuge geworfen wurden. Ich sah, dass diese mit einer zähen, kleisterartigen Masse gefüllte Plastikbeutel waren. Ich hörte einen dumpfen Knall, wie von einem Böller. Ich sah, dass eine Person mit etwas auf dem Rasen hantierte, es könnte ein Müllbeutel gewesen sein, woraus starker Rauch quoll. Ich sah eine kleine Leuchtkugel, die aus Richtung von links des Weges in die Luft geschossen wurde und wie eine Bogenlampe im Bereich der Straße oder dahinter wieder niederging. Ich war in dieser Situation in großer Angst und voller Ärger über die Aktionen der Personen. Ich rief in die Richtung, aus der ich den Knall gehört hatte und von wo den Rauch gesehen hatte, dass sie die Knallerei sein lassen sollten. Dies erschien mir gefährlicher zu sein, als das Werfen der Kleisterbeutel.

Eher am Rande nahm ich flüchtig wahr, dass der Transport kurzfristig in Stocken geriet.

Dann rückten die Beamten vor und schubsten die Personen, die sich dort aufhielten in Richtung Dorfstraße aus der Nähe der Straße weg. Ich ging zunächst weiter nach hinten, bis ich Herrn von Nordheim vor dem Eingang des Pfarrhauses unter der Lampe stehen sah. Ich sah Personen in verschiedene Richtungen weglaufen: in Richtung Dorfstraße, beziehungsweise auf die Wiese zwischen Kirche und Gemeindehaus und in Richtung Gemeindehaus.

Ich versuchte, wieder zu Herrn von Nordheim zu gelangen, traf aber in Höhe des Weges vor dem Gemeindehauses auf Polizeibeamte, die mich wieder zurück schubsten. Ich rief dem Beamten zu: „Ich wohne hier. Ich bin der Pastor. Ich will zu meinem Kollegen.“ Dieser antwortete: „Hau ab! Das ist mir scheißegal! Das interessiert jetzt keinen mehr.“

Ich zog mich auf den Weg auf dem Pfarrgelände einige Meter zurück, bis etwa zur Höhe, wo der Bewuchs endet. Zwei Beamte mit Helm kamen mir mit schnellem Schritt entgegen und schriean mich an: „Los, weg! Weiter bis zur Kirche!“ Ich sah, dass Beamte in das Gemeindehaus eindringen und hörte das Splittern von Holz. Ich rief wieder: „Ich bin der Pastor! Das ist mein Haus! Reden Sie anständig mit mir!“ Sie schubsten mich weiter. Ich drehte mich um und ging weiter in Richtung Kirche, während ich fortwährend geschubst wurde und mir von hinten mit dem Polizeiknüppel gegen die Wade getippt wurde. Dies tat zwar nicht weh, erinnerte mich aber daran, wie man Vieh treibt.

Als die Beamten nachließen, drehte ich mich um und sprach sie an. Sofort wurde ich weiter geschubst und angeschriean. Ich forderte, anständig behandelt zu werden. Als ich an der Kirche war, verlangte ich ein letztes mal, durchgelassen zu werden, da machte ein Beamter einen Schritt nach vorn und schlug mir mit der behandschuhten Faust auf das linke Auge. Ich hatte Glück, dass dieser Schlag mich nicht mit voller Kraft traf, der Schmerz verflog rasch und es bildete sich keine Schwellung.

Ich war entsetzt und fassungslos, sah aber auch ganz deutlich, dass ich in diesem Augenblick dort nichts ausrichten konnte, ohne mich weiter in Gefahr zu bringen. Ich ging in die Teeküche in der Dorfstraße, um wieder die Fassung zu gewinnen. Ich schilderte den dort anwesenden Personen, worunter sich auch Gemeindeglieder befanden, was passiert war und trank einen Kaffee.

5 oder 10 Minuten später versuchte ich wieder zum Gemeindehaus zu gelangen. In Höhe der Kirche befand sich eine Gruppe von etwa 8 Polizeibeamten mit Helm. Als ich mich ihnen näherte, sprachen sie mich an, in dem sie das gleiche Wort immer und immer wiederholten. Dieses Wort erinnere ich nicht, ich weiß aber, dass es an sich in dieser Situation inhaltlich keinen Sinn ergab. Ich hatte den Eindruck, es handelte sich dabei um ein Codewort, und dass ich jetzt eine Antwort geben müsste. Ich gab mich als Pastor zu erkennen und wies auf die Plakette hin, die ich die ganze Zeit an der Jacke trug und die mich als kirchlicher Mitarbeiter kenntlich machte. Ein Beamter sprach mich an: „Wie sind Sie denn jetzt mit dem zufrieden, was jetzt hier passiert ist?“ Aber man ließ mich durch. Vor dem Gemeindehaus traf ich auch Herrn von Nordheim wieder. Es war relativ ruhig und es gab keine Bewegung mehr. Das Untergestell des Cembalos und eines Sofas lagen auf dem Platz vor dem Gemeindehaus, letzteres war offensichtlich zerbrochen.

Der dort zuständige Einsatzleiter, POK Heintzky, Bereitschaftspolizei Braunschweig, teilte mir mit, die Holzgestelle seien den Beamten entgegen geworfen worden, als sie sich Zugang zum Gemeindehaus verschaffen wollten. Man sei auf der Straße aus dem Pfarrhaus beschossen worden und habe im Haus zwei oder mehrere Türen aufgebrochen und wäre dadurch auf der Suche nach weiteren Personen auch in den Privatbereich eingedrungen.

Später stellte sich heraus, dass dies die Türen vom Gemeindesaal zum Materialraum, vom Materialraum zur Pfarrwohnung sowie die Bodentür zum Privatbereich im zweiten Stock gewesen waren.

Ich ging um das Haus herum und von unten sah ich einen Beamten im erleuchteten Schlafzimmer durchs Fenster. Ich öffnete die Eingangstür und traf dort zunächst auf einen, später auf einen zweiten Beamten, den ich auf seine Bitte hin durch die letzten Räume des Erdgeschosses führte: Das Büro, die Treppenkammer und das Archiv. Ich öffnete die Tür zum Foyer, wo sich Personen und Polizeibeamte aufhielten. Danach wurde ich wieder vor das Gemeindehaus begleitet und mit Herrn von Nordheim aufgefordert zu warten.

Im Foyer des Gemeindehauses und im Konfirmandenraum befanden sich Beamte und Personen. Vor dem Gemeindehaus befanden sich etwa drei Personen, die auf dem Boden hockten oder knieten. Im Laufe der nächsten Stunden wurden alle Personen, die sich im Gemeindehaus aufgehalten hatten, durchsucht und abgeführt. Dies geschah in ruhiger Art und Weise.

Ich wurde Zeuge, wie die Beamten gefragt wurden, ob sie sich verletzt hätten. Ein Beamter gab an, von einem Holzstück getroffen worden zu sein, ein Vorgang, der sich wahrscheinlich im Bereich des Spielplatzes abgespielt hatte. Ein anderer Polizist erwähnte Schmerzen an der Schulter, die er sich während einer Rangelei bei einer Festnahme zugezogen habe. Beide Beamte machten jedoch einen guten Eindruck, so dass ich – Gott sei Dank – nur von leichten Verletzungen ausging.

Während der Nacht kam noch eine ganze Reihe von Kollegen vorbei: Diakon Ketzenberg, Diakon Schulze-Drude, Landessuperintendent Jantzen, die Pastoren Kuhn und Malitius.

Nach Ende der Festnahmen machten Herr von Nordheim und ich zusammen mit einigen Beamten noch einen Durchgang durch das Gemeindehaus, um die Schäden aufzunehmen. Zusätzlich zu dem kaputten Sofagestell war noch eine große Pinwand zerstört. Zwei Türen waren am Türblatt eingedellt, mehrere Türen waren offensichtlich aufgebrochen, weitere hatten Risse an der Türzarge, weil sie mit großer Wucht aufgerissen worden waren. An einer Garderobe waren einige Haken abgebrochen. Bei diesem Durchgang wurde klar, dass aus den Fenstern des Gemeindehaus oder Pfarrhaus keine Angriffe gegen den Castor erfolgt waren. Die dazugehörigen Räume gehörten alle zur Pfarrwohnung, die Fenster waren entweder eindeutig nicht geöffnet worden, da die Fensterbänke vollgestellt waren, oder mit Fliegengittern nach wie vor verschlossen. Weiterhin waren die Durchgänge vom Gemeindehaus zum Pfarrhaus vor dem Polizeieinsatz alle verschlossen gewesen. Die

zugänglichen Räume des Gemeindehauses hingegen hatten keine Fenster zur Straßenseite. Ein Angriff auf die Beamten oder den Castortransport konnte meiner Auffassung nach aus dem Pfarrhaus heraus also nicht stattgefunden haben.

Danach nahmen zwei Kriminalbeamten meine Aussagen und die von Wolf von Nordheim mit einem Diktiergerät auf. Ich erstattete eine Anzeige gegen unbekannt. Nachdem mir meine Aussage vorgespielt wurde – die Aufnahme war teilweise von schlechter Qualität, gab ich noch zwei Änderungswünsche an: Ich hatte den Beamten nicht gebeten, dass Fahrzeug aus der Einfahrt zu fahren, damit ich Seelsorgegespräche entlang der Straße führen konnte. Das eine hatte mit dem anderen nichts zu tun. Zweitens wollte ich noch aufgenommen haben, dass die Beamten bei meiner Rückkehr zum Gemeindehaus nach meiner Meinung ein Codewort von mir abfragen wollten. Im ersten Fall hielten die Beamten die Änderung für überflüssig. Im zweiten Fall nahmen sie die Änderung nicht auf. Ich bestand dann allerdings auch nicht darauf.

Weiterhin sollen Beamte die Schäden fotografiert haben, dies geschah jedoch während ich meine Aussage machte. Ich habe sie nicht gesehen.

Die Vernehmung dauerte bis etwa 10.30 Uhr.

Eckhard Kruse

Warum gibt es den Protest in Gorleben?

Niemand möchte den Atommüll hinter seinem Haus haben. Das kann jeder verstehen – aber irgendwo muss der Müll ja hin. Warum nicht nach Gorleben?

Gelegentlich ist der Eindruck entstanden, in Gorleben werde der Atommüll bereits im Salzstock eingelagert. Das ist nicht der Fall. Stattdessen wird er in einer Halle zwischengelagert. Es ist auch noch lange nicht entschieden, ob in Gorleben überhaupt ein Endlager entstehen wird. Es gibt begründete Zweifel an der Eignung dieses Salzstockes in Gorleben als Endlager. Die Transporte zu einem möglicherweise ungeeigneten Standort schaffen jedoch Fakten, die eine spätere sachgemäße Entscheidung erschweren.

Seit den 1960er Jahren wird behauptet, die Entsorgung des Atommülls sei technisch gelöst, aber es gäbe psychologische Probleme. Tatsächlich gibt es weder in Gorleben noch anderswo auf der Welt eine Lösung der Entsorgungsfrage.

Als evangelische Kirche haben wir in ganz ähnlichen Beschlüssen von den Kirchenvorständen über die Kirchenkreistage in Lüchow und Dannenberg, die ev.-luth. Synode der hannoverschen Landeskirche bis zur Synode der EKD die Transporte nach Gorleben abgelehnt. Nicht die CASTOR – Behälter oder das Konzept der dezentralen Zwischenlagerung haben uns zu dieser ablehnenden Haltung gebracht, sondern die Präjudizierung eines möglicherweise ungeeigneten Standortes.

Uns liegen immer noch keine Kriterien vor, an denen die Eignung des Salzstockes als Endlager bemessen werden kann. Es gibt keine Transparenz im Verfahren. Es gibt keinen Dialog mit der Bevölkerung oder der Öffentlichkeit über den Standort Gorleben. Die Bundesregierung hat in den letzten Jahren erkennen lassen, dass die Forderungen der evangelischen Kirche berechtigt seien. So hat man einen Arbeitskreis Endlagerung (AkEnd) eingesetzt, der ein Verfahren für eine Standortsuche mit dem Ziel einer vergleichenden Untersuchung mehrerer Standorte in Deutschland entwickelt hat.

Die hannoversche Synode fordert mit uns, die vom Arbeitskreis Endlager entwickelten Grundanforderungen bzw. Verfahrenskriterien für die Standortsuche nun in ein Gesetzgebungsverfahren zu bringen. Daher dürfe es keine weitere Präjudizierung des Endlagerstandortes Gorleben geben. Damit aktualisiert die Synode einen Beschluss der EKD von 1998. Ausdrücklich dankt die Synode den beteiligten Kirchenkreisen für die konfliktbegleitende Arbeit vor Ort, die in diesem Bericht dokumentiert wird.

Berichte in den Medien sind durch Bilder geprägt, die sich oft nur schwer mit einem gewaltfreien Widerstand in Verbindung bringen lassen. Uns ist es wichtig, gegen die Macht der Bilder die Kraft des Wortes zu setzen.

Die Zweifel an dem Endlagerstandort Gorleben und der gewaltfreie Protest sind Mahnung an Verantwortliche in Behörden, Regierungen und der Wirtschaft, die ungelöste Problematik der Entsorgung hochradioaktiver wärmeentwickelnder Stoffe einer sozialverträglichen Lösung näherzubringen.

**Ein erneuter Castortransport ins Zwischenlager
für abgebrannte Brennelemente nach Gorleben steht bevor.**

**Wir protestieren nach wie vor
gegen den Transport
von Atommüll nach Gorleben**

Mit dem Zwischenlager in Gorleben wird der Endlagerstandort Gorleben in der öffentlichen Meinung zementiert. Die Zweifel an der Eignung des Salzstockes Gorleben für ein mögliches Endlager sind nach wie vor so groß, dass gefordert wird, weitere Endlagerstandorte zu erkunden.

Das ist seit 25 Jahren die kirchliche Position, die jetzt auch von der Bundesregierung geteilt wird.

Die Vorschläge des von der Bundesregierung eingesetzten „Arbeitskreises Endlagerung“ (AK End) werden begrüßt. Mehrere andere Standorte sollten zügig erkundet werden, damit eine bestmögliche verantwortbare Lösung für das Problem der Endlagerung von Atommüll gefunden werden kann.

Bundesregierung und Landesregierung bleiben aufgefordert, die Vorschläge des AK End zügig zu verwirklichen.

Pastoren und Mitarbeiter der ev.-luth. Kirchenkreise Dannenberg, Lüchow, Bleckede, Lüneburg und Uelzen stehen wie in den Vorjahren als Seelsorger und Vermittler bei Konflikten zur Verfügung. Das Ziel des kirchlichen Einsatzes ist es, der Erhaltung der politischen Kultur zu dienen, die Demonstranten an die Gewaltfreiheit des Protestes zu erinnern und die Polizei auf die Verhältnismäßigkeit ihres Einsatzes und der Wahl ihrer Mittel hinzuweisen.

Dem Bemühen aller ist es zu verdanken, dass die Anzahl der Verletzten inzwischen verringert wurde.

Die Aufgabe der Polizei besteht einerseits darin, den Castortransport zu gewährleisten und andererseits darin, Demonstrationen im Rahmen unserer Rechtsordnung zu schützen. Dabei muss insgesamt versammlungsfreundlicher und freizügiger als bisher verfahren werden. Es muss für Atomkraftgegner möglich sein, ihre politische Botschaft mit Demonstrationen kund zu tun. Wie aber sollen Demonstrationen möglich sein, wenn selbst Trauernde nicht zu einer Beerdigung und Kirchenvorsteher nicht zu einem Gottesdienst gelangen, weil die Polizei ganze Ortschaften abriegelt? Dergleichen ist bisher leider immer wieder geschehen.

In der Vergangenheit gab es fragwürdige Masseningewahrsamnahmen, bei denen immer wieder einfachste Formen menschlichen Umgangs missachtet wurden. Das darf sich nicht wiederholen. Diesbezügliche Gerichtsurteile sind zu beachten. Sollte es zu Ingewahrsamnahmen kommen, erwarten wir, dass die nötigen Vorgänge freundlich und zügig geschehen und genügend Richterinnen und Richter vor Ort sind, die die Rechtmäßigkeit der Maßnahmen unverzüglich überprüfen können.

Bei allem, was in den nächsten Tagen geschieht, muss darauf geachtet werden, dass das soziale Klima nicht auf Dauer vergiftet wird.

Jürgen Beecken, Johannes Borowski, Diethard Brauer, Volker Dobers, Dr. Hartwig Drude, Meike Drude, Friedrich Drude, Stefan und Nadia El Karsheh, Udo Engel, Michael Gierow, Detlef Hasse, Barbara Heinelt, Jeanette Kamps, Werner Klilpp, Jürgen Köhler, Klaus-Markus Kühnel, Hans Ulrich Krieger, Peter Kritzokat, Gerd Krumrey, Eckhard und Theda Kruse, Friedrich Kuhn, Henning Lüdicke, Karin Ludwig-Brauer, Egon Maierhofer, Eberhard Malitius, Gisela Ober, Thorsten Oppermann, Margarete Pauschert, Jörg Prahler, Leoni Renk, Jens Rohlfing, Jan und Erika Sachau, Henning Schulze-Drude, Eberhard und Walburg Simon, Birgit Thiemann, Lars Frederik Wissmann, Hans-Jürgen Wolters.

(Diese Anzeige ist privat bezahlt)

Eine Landkarte zu den Orten des Geschehens

© Landeskirchenamt, Rote Reihe 6, 30169 Hannover